

Konfrontation. Die schweigende Mehrheit müsse sich die Demokratie wieder zurückholen und man müsse denen in Berlin sagen: „Ihr habt wohl den Arsch offen da oben.“ Dass ihm ob dieser Aussagen attestiert wurde, er habe eine rote Linie überschritten, werde ihn nicht davon abhalten, Fehlentwicklungen auch mit drastischen Worten anzusprechen, so Hubert Aiwangers Antwort auf die gegen ihn gerichteten Vorwürfe.

Auch ein Blick aus der Retrospektive zeigt, dass Hubert Aiwanger sich nie gescheut hat, gegen den Strich zu bürsten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 positionierte er seine Partei als Protestpartei gegen die Euro-Rettungspolitik. Im Jahr 2014 gab Aiwanger ein Interview, in welchem er im Hinblick auf die Ukraine-Krise sich dagegen wandte, „mit dem Finger nur auf Russland zu zeigen“. Beide Seiten hätten „Dreck am Stecken“.

Auch zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 hat Hubert Aiwanger eine eindeutige Haltung: Das Verbot habe nicht das Ziel, den Verkehr zu dekarbonisieren, sondern vielfach ginge es den „Ideologen“ darum, „das Auto komplett abzuschaffen und jegliche individuelle Mobilität zu verhindern“.

Als Pläne der Deutschen Gesellschaft für Ernährung bekannt wurden, aus gesundheitlichen und nachhaltigen Gründen Empfehlungen für den Fleischkonsum anzupassen und für eine „pflanzenbetonte Ernährung mit geringem Fleischverzehr“ zu werben, kommentierte Aiwanger: „Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung sollte in die Deutsche Gesellschaft für Mangel-

nahrung umbenannt werden.“ Originalton Aiwanger: „Wollt ihr uns aushungern, wie nach dem Krieg?“

Dass derartige Aussagen bei den Linksparteien und großen Teilen der Medien Widerspruch beziehungsweise die üblichen Verdächtigungen hervorrufen, überrascht nicht. Populismus und AfD-Rhetorik sind noch die harmlosesten Umschreibungen, wenn es gilt, Aiwangers Debattenkultur zu kompromittieren.

Aber auch mit Vorwürfen, die ihn in die Nazi-Ecke drängen, muss Hubert Aiwanger leben. So geschehen im August 2023, indem die Süddeutsche Zeitung über ein Flugblatt mit rechts-extremen und antisemitischen Inhalten berichtete, das Hubert Aiwanger als Jugendlicher verfasst haben sollte. Inzwischen steht fest, dass nicht der bayerische Staatsminister, sondern sein Bruder Verfasser des Flugblattes war, der nach eigenen Worten mit der „stark überspitzten Form der Satire“ linksradikale Lehrer „so richtig auf die Palme bringen wollte“.

Die Flugblattaftäre entwickelte sich für die beteiligten Protagonisten aus Medien und Politik zum Bumerang. Nach Bekanntwerden der SZ-Affäre legten die Freien Wähler in Umfragen stark zu und Aiwanger gewann bei den anschließenden Landtagswahlen am 08. Oktober 2023 ein Direktmandat mit 37,2 Prozent der Erststimmen.

Ob und wie Hubert Aiwanger seine Partei auch auf Bundesebene positionieren will und wie er die künftige politische Gemengelage thematisch für sich einzuordnen gedenkt, erläuterte der stellvertretende bayerische Ministerpräsident in einem Gespräch mit Janina Schäfer.



„Das Verbot hat nicht das Ziel, den Verkehr zu dekarbonisieren, sondern vielfach geht es den ‚Ideologen‘ darum, ‚das Auto komplett abzuschaffen und jegliche individuelle Mobilität zu verhindern‘.“

(Hubert Aiwanger zum Verbot des Verbrennermotors ab 2035)



„Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung sollte in die Deutsche Gesellschaft für Mangelerkrankungen umbenannt werden.“